

## V-36 Für die Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens

Gremium: BAG Frieden & Internationales  
Beschlussdatum: 14.09.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Zurückgezogen

### Antragstext

1 Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den einseitigen  
2 Ausstieg der USA aus des Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA)  
3 durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend weiter und  
4 droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit  
5 zusammenbrechen zu lassen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von US-Seite unilateral die  
6 Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es Iran –  
7 bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu weitreichenden  
8 Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales  
9 Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.

10 **Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler Bemühungen, durch**  
11 **diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm beizulegen und eine atomare**  
12 **Bewaffnung Irans zu verhindern.** Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit einem  
13 präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und  
14 Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren Bewaffnung Irans  
15 auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der  
16 Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der rechtsverbindliche  
17 Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner  
18 Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,  
19 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu unterstützen und  
20 gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen aus dem  
21 Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die Verhängung  
22 unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten  
23 internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter  
24 Beschuss.

25 **Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region** mit  
26 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen  
27 Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit  
28 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch  
29 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht werden  
30 sollen.

31 **Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines Nuklearprogramms**  
32 **Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung.** Obwohl sich  
33 die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien und  
34 Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen  
35 Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens nicht aus: Durch

36 die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des US-  
 37 Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-Regierung  
 38 in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte Unternehmen unter  
 39 Druck zu setzen.

40 **Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen**  
 41 **Sanktionserleichterungen:** Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen  
 42 haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es  
 43 gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können  
 44 aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden  
 45 Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst  
 46 sind.

47 **Deshalb testet Teheran nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen**  
 48 **Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich**  
 49 **an diese gehalten hatte.** Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt – schrittweise  
 50 begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze  
 51 anzureichern. **Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden:** Falls das  
 52 Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen Nutzen  
 53 darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen  
 54 Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung  
 55 anstrebt.

56 **Wir fordern deshalb, dass**

- 57 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame Außen- und  
 58 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China und  
 59 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales  
 60 rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 61 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche  
 62 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit  
 63 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX, dessen  
 64 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden muss,  
 65 ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt  
 66 wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere Maßnahmen müssen  
 67 aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte,  
 68 multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar der  
 69 iranischen Bevölkerung zugutekommen.
- 70 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine „significant  
 71 non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen  
 72 vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine sukzessive  
 73 Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu bewahren.

74 Im Umgang mit den aktuellen Differenzen im transatlantischen Verhältnis hinsichtlich Iran  
 75 **zeigen sich die Grenzen europäischer Handlungsfreiheit. Dass die Europäische Union den US-**  
 76 **amerikanischen Sekundärsanktionen, die europäische Unternehmen zwingen sich aus dem Iran-**  
 77 **Geschäft zurückzuziehen, und der Politik des maximalen Drucks kaum etwas entgegenzusetzen**  
 78 **hat, offenbart deutlich das geringe Maß einer finanz- und handelspolitischen Souveränität**  
 79 **der EU.**

80 Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die USA das nicht  
 81 wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und Sicherheitsinteressen sein.

82 Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische Souveränität und die Glaubwürdigkeit der  
83 europäischen Außenpolitik

#### 84 **Wir fordern deshalb, dass**

- 85 • die EU geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen  
86 Sekundärsanktionen und damit ihre finanz- und handelspolitische Souveränität erhöht.  
87 Dazu gehört längerfristig auch eine Stärkung der globalen Rolle des Euro.

#### 88 **Krise in der Straße von Hormus**

89 Immer mehr wird nun der Persische Golf und die Straße von Hormus zum Austragungsort des  
90 Konfliktes zwischen USA und Iran. Mit großer Sorge beobachten wir den sukzessiven Aufbau  
91 einer militärischen Drohkulisse durch die USA, welche die Spannungen und das Risiko  
92 bewaffneter Zwischenfälle erhöht.

93 **Wir fordern, dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine Deeskalation im**  
94 **Konflikt zwischen USA und Iran ausgerichtet sind.** Vor diesem Hintergrund lehnen wir die US-  
95 Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus und eine deutsche Beteiligung daran ab.  
96 Eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA, einer der beiden Streitparteien, kann  
97 kein Beitrag zur Entspannung der Lage sein. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt und  
98 die maritimen Handelswege stehen für uns nicht zur Disposition. **Einem Einsatz der Bundeswehr**  
99 **im Persischen Golf werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen**  
100 **Mission und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.**

101 Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen und  
102 Gegendrohungen setzt, der die Regierungen der USA und des Irans, sowie weitere Akteure,  
103 aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für Fehlkalkulationen und eine  
104 Eigendynamik, die sich bis hin zum Krieg entwickeln könnte. Dies wäre schlussendlich einmal  
105 mehr Wasser auf den Mühlen all derer, die überzeugt sind, dass das Streben nach Atomwaffen  
106 das einzige Mittel der wirksamen Abschreckung und Selbstverteidigung sei. Vor allem jedoch  
107 droht eine von der EU und ihren Partner\*innen in dieser Frage ungebremste Eskalationspolitik  
108 den gesamten Nahen Osten und seine Bewohner\*innen, sowie alle Nachbarregionen durch einen  
109 unkalkulierbaren Krieg auf schlimmste Weise in Mitleidenschaft zu ziehen und Abertausende  
110 von Menschenleben zu kosten.

111 Um aus dieser Sackgasse herauszukommen und auf eine Deeskalation in der Region  
112 hinzuarbeiten, braucht es erstens Kommunikationskanäle zwischen Washington und Teheran sowie  
113 zumindest eine grundlegende Verständigung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die US-Seite  
114 aufzufordern ein realistisches und glaubhaftes Angebot für einen politischen Ausweg  
115 vorzulegen. Zweitens wird der Konflikt mittelfristig nur dann lösbar werden, wenn es  
116 gelingt, zwischen den berechtigten Interessen der Akteure der Region nach Sicherheit und  
117 Stabilität, wie Israel, Saudi-Arabiens, aber eben auch des Irans, einen vertretbaren  
118 Ausgleich zu schaffen. Hier ist die EU als Vermittlerin gefragt.

119 Allerdings wird es nicht zu einer nachhaltigen Entspannung in der Region kommen, solange die  
120 unverminderten Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch das iranische Regime kein Ende  
121 nehmen, die wir aufs schärfste verurteilen, und solange es keine Anerkennung des Staates  
122 Israel gibt. Wir fordern weiterhin ein klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels und seinem  
123 Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen des Völkerrechts angesichts der Drohungen und  
124 militärischen Aktivitäten Irans. Dies gilt ebenso gegenüber mit dem Iran verbündeten oder  
125 von diesem gesteuerten Akteuren, deren Aufrüstung eine erhebliche Gefahr für Frieden und die  
126 Sicherheit Israels darstellt. Deutschland muss insbesondere auf die Einhaltung der UNSR-  
127 Resolution 1701 durch die Hisbollah dringen und sich verstärkt etwa gegenüber Russland gegen  
128 eine militärische Etablierung des Iran in Syrien einsetzen. Gleichwohl lehnen wir auch die

129 scharfe Rhetorik des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu und Teilen der israelischen  
130 Regierung ab, genauso wie Militärschläge gegen iranische Atomanlagen.

131 Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens dürfen keine Begründung  
132 dafür sein, dass sich die Bundesregierung bei der klaren Benennung der täglichen  
133 Verletzungen von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien durch Iran zurückhält.

134 **Für einen ganzheitlichen Regionalansatz**

135 Iran kann aufgrund seiner Größe, geostrategischen Lage und Bevölkerungszahl und damit seiner  
136 regionalen Bedeutung nicht ignoriert werden, ist aber unter anderem aufgrund seiner  
137 Regionalpolitik, dem ballistischen Raketenprogramm, der feindseligen Haltung gegenüber  
138 Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im Land ein problematischer regionaler  
139 Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von Krisen und Kriegen betroffenen Region ist  
140 Iran daher zwar Teil des Problems, aber eben auch der Lösung.

141 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei Teil eines ganzheitlichen Ansatzes sein, der auf  
142 einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und Iran basiert und sicherheitspolitische Fragen in  
143 einem regionalen Kontext diskutiert. Dafür muss die deutsche wie die EU-Politik gegenüber  
144 Saudi-Arabien dringend korrigiert werden: d.h., das tatsächliche Verhalten muss angepasst  
145 werden, um die autoritären Strukturen beider Länder, ihre problematische regionalen Rollen  
146 und ihr Ringen um die regionale Vormachtstellung gleichermaßen kritisch zu adressieren. Vor  
147 allem der Export von Rüstungsgütern sowie jegliche militärische Zusammenarbeit mit Saudi-  
148 Arabien sind umgehend zu beenden.

149 Die Doppelstandard-Politik der Bundesregierung ist hier kontraproduktiv für eine  
150 erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region. **Wir fordern einen vertieften Dialog mit  
151 Iran sowie zwischen Iran und den Ländern des Golfkooperationsrats über regionale Konflikte  
152 und die Frage, wie ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur gestaltet  
153 werden kann.**